



... im Dienste der AWO
www.gos-organisationsberatung.de

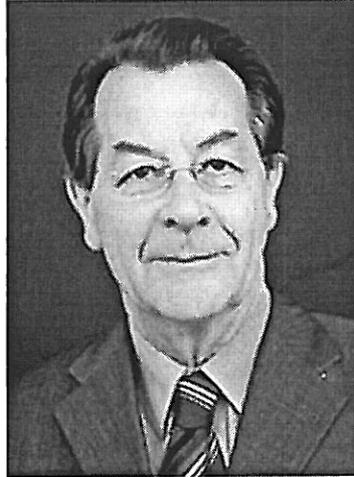
Home A bis Z Spenden Jobs Kontakt Suche



Die AWO
Pressemitteilungen
Links
Akademie Helene Simon
AWO-Shop
Einrichtungen und Dienste
Stellungnahmen/ Konzepte
Projekte
Sozialpolitik
Verbandsentwicklung
Bürgersch. Engagement
Wohlfahrtspflege
Internationales
Archiv

Letzte Änderung am
11.06.2008

Franz Müntefering erhält Marie Juchacz-Plakette



Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Franz Müntefering (SPD) erhielt kürzlich in Berlin die höchste Auszeichnung der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Marie-Juchacz-Plakette. Sie ist nach der Gründerin des Verbandes (1919) benannt und wird vom Bundesvorstand der AWO verliehen. Mit der Auszeichnung werden Persönlichkeiten geehrt, die sich Zeit ihres Lebens für die zentralen AWO-Grundwerte von Freiheit und Solidarität eingesetzt haben. Müntefering brachte den Gästen gegenüber seine Freude zum Ausdruck und betonte, dass er diese Auszeichnung mit großem Stolz tragen werde. Das AWOMagazin führte anlässlich der Verleihung ein Interview mit dem Bundesminister.

Herr Müntefering, seit wann sind Sie Mitglied der AWO und was hat Sie bewogen, Mitglied zu werden?

Ich habe die wirkungsvolle Arbeit der AWO bereits Ende der 60er Jahre im Ruhrgebiet kennengelernt und wollte das ins Sauerland übertragen. Deswegen habe ich mitgeholfen, die AWO in meinem Heimatort Sundern zu gründen und bin dann natürlich auch von der ersten Stunde an Mitglied gewesen. Das war 1977. Ist also jetzt schon 30 Jahre her.

Welche Bedeutung hat ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege wie die AWO

– angesichts der raschen sozialen und ökonomischen Veränderungen unserer Zeit – für einen funktionierenden Sozialstaat?

In der AWO wird Solidarität gelebt. Konkret und engagiert für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft stehen. Sozial schwache, ältere, behinderte Menschen. Die 100.000 ehrenamtlichen und 145.000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO leisten vieles an Mitmenschlichkeit, was der Staat alleine nicht leisten kann. Aber natürlich kann und soll die freie Wohlfahrtspflege nicht den Sozialstaat ersetzen. Sozialstaat organisiert Solidarität und sorgt dafür, dass es einklagbare Rechtsansprüche gibt.

Wo sehen Sie die zentralen Herausforderungen für einen zukunftstauglichen Sozialstaat?

Wir stehen in großen Umbrüchen: Globalisierung, Demographie, veränderte Arbeits- und Produktionsprozesse, die hohe Arbeitslosigkeit, Migration – all das macht Veränderungen erforderlich. Wir wollen, dass die Menschen heute und in Zukunft Vertrauen in die Leistungskraft des Sozialstaates haben können. Denn bei aller Veränderung ist klar: Die großen Lebensrisiken Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter und Pflegebedürftigkeit bleiben auch künftig solidarisch abgesichert. Zusätzlich müssen wir rechtzeitig in die Köpfe und die Herzen der jungen Menschen investieren, um die Zukunft zu sichern. Der Sozialstaat soll Sicherheit im Wandel gewährleisten. Aber er kann das nur schaffen, wenn er sich selbst verändert – Sicherheit durch Wandel ist

machbar. Die Agenda 2010 ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung gewesen.

Würden Sie der Behauptung folgen, dass sowohl ‚die‘ Wirtschaft wie auch ‚die‘ so genannte Bürgergesellschaft ohne einen handlungsfähigen Staat an ihrer Seite nicht bestehen können?

Die Wirtschaft braucht Regeln, soziale Regeln. Diese Regeln sind gesellschaftlich bestimmt. Aber durchsetzbar sind sie nur vermittelt über den Staat. Ich beharre auf dem Primat der Politik. Es darf nicht sein, dass Geld die Welt regiert. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Dasselbe gilt auch für den Staat – er hat den Menschen zu dienen. Deswegen stehen Politik und Gesellschaft in der Verantwortung, ihr einen entsprechenden Rahmen zu geben. Ein starker Staat ist unverändert wichtig. Ein Staat, der den Menschen Sicherheit gibt, der den Ausgleich organisiert zwischen arm und reich, zwischen den Generationen. Ein Staat, der sich auch um Chancengerechtigkeit, um Verteilungsgerechtigkeit und um Generationengerechtigkeit kümmert und der auch dafür sorgt, dass Recht und Gesetz nicht nur auf dem Papier stehen. Ein Staat, der aber auch Platz lässt für Subsidiarität und zivilgesellschaftliches Engagement.

Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Parteien leiden unter stetigem Mitgliederverlust. Was sind die Ursachen und wie kann dieser Negativtrend gestoppt werden?

Vieles davon ist dem demographischen Wandel auch in den Mitgliederstrukturen geschuldet. Aber unabhängig davon ist es schon richtig: Unsere Gesellschaft ist unübersichtlicher geworden. Und anscheinend nimmt dadurch auch die Neigung zu, sich um Partikularinteresse mehr zu kümmern, als um Gemeinwohl. Viele ziehen eine eindimensionale Aufgabe, zum Beispiel in punktueller Initiative, vor. Unwichtig ist das nicht. Aber eben doch kein Ersatz. Die großen Parteien und Verbände sind da vielleicht auch ein wenig zu abstrakt geworden. Wir müssen wieder näher ran an die Menschen. Ich sage meinen Genossinnen und Genossen in solchen Fällen: Wenn einer zu Euch kommt und Hilfe braucht, dann drückt ihm nicht das Parteiprogramm in die Hand, sondern dann kümmert Euch. Wir müssen zeigen, dass wir uns nicht abfinden mit den Dingen und dass wir es besser machen wollen. Dass wir das können, daran habe ich keinen Zweifel.

Welche Rolle spielt in Ihrem Politikverständnis das bürgerschaftliche Engagement/die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten?

Das ist ganz wichtig. Wir haben zu viele im Land, die glauben, es besser zu wissen, aber wir haben zu wenige, die mit anpacken und es auch besser machen. Wir brauchen mehr Menschen, die mitmachen, die auf dem Spielfeld sind und nicht nur auf der Tribüne. Mitmachen, sich einmischen, streiten für eine Sache – das sind wichtige Fundamente unserer Demokratie. Auch wenn das manchmal anstrengend ist – am Ende lohnt es sich. Ich kann das allen nur empfehlen: Machen Sie mit und sorgen Sie dafür, dass unser Land menschlich bleibt – an einigen Stellen menschlicher wird.

Interview: kup
Foto: BMAS